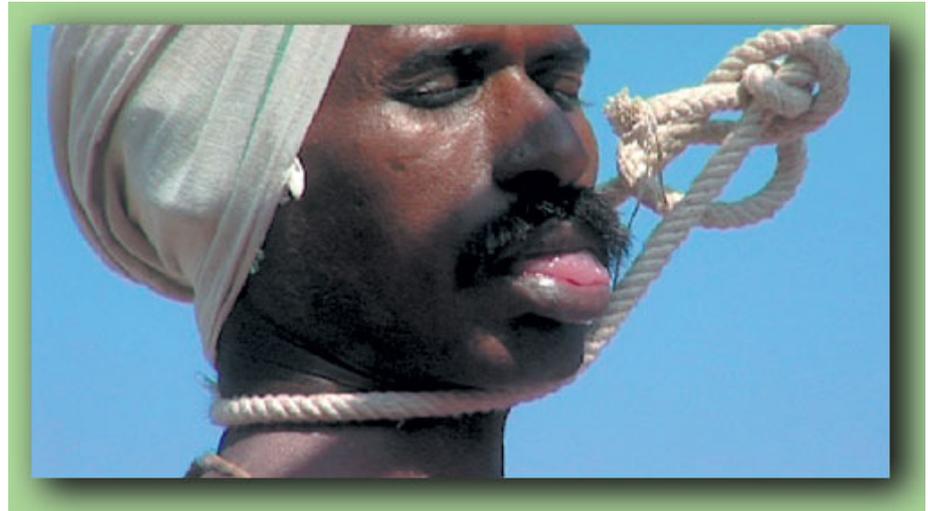


# SMALL IS BEAUTIFUL

## IN DIESER AUSGABE

<i>Das trojanische Pferd</i>	<b>1</b>
<i>Editorial</i>	<b>2</b>
<i>Gen-Raps für Europa</i>	<b>3</b>
<i>Antwort vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung</i>	<b>4</b>
<i>Das Geld der Anti-Globalisierer</i>	<b>5</b>
<i>Wer will die neuen Atom-mülllager und wer will sie nicht?</i>	<b>7</b>
<i>Ich-AG</i>	<b>8</b>
<i>Einige Gründe für den Erfolg der bayerischen Solar-Initiativen</i>	<b>10</b>
<i>Greenpeace deckt auf</i>	<b>11</b>
<i>Forum-Gemeinsam gegen das Zwischenlager</i>	<b>12</b>
<i>Rasche Klimaveränderungen könnten die Welt an den Rand der Anarchie bringen</i>	<b>13</b>
<i>Friedensnobelpreis und Umweltschutz</i>	<b>14</b>
<i>Veranstaltungshinweise</i>	<b>14</b>
<i>Impressum</i>	<b>14</b>



## Das trojanische Pferd: GENMANIPULATION

Doris Rüb

Zuerst die gute Nachricht: Designerbabys müssen nach wie vor auf konventionelle Art hergestellt werden. Es gibt kein spezielles Gen für blaue Augen oder für Sprachbegabung; man kann nicht einfach die Wunscheigenschaften zusammenrühren. In Amerika bekommt frau höchstens das passende Spermium aus der Samenbank. In Deutschland geht nicht mal das. Da ist ein Vater immer für seinen Nachwuchs verantwortlich.

Die anderen Nachrichten allerdings sind schlecht. Natürlich lassen sich auch Pflanzen und Tiere nicht aus einzelnen Genen basteln, aber genau das gilt als Zukunftstechnologie! Was dabei herauskommt, konnten wir am 11. Oktober in der Mohrvilla begutachten. Dort zeigte Bertram Verhaag seinen Film: "Leben außer Kontrolle". Der Name ist sprichwörtlich, schließlich streben die Gentechniker gerade das Gegenteil an. Sie wollen das Leben nicht nur kontrollieren, sondern – mit Hilfe der Patentämter – besitzen.

Schon in einem früheren Film (Tote Ernte 2001) hatte Bertram Verhaag vom Schicksal des Kanadiers Percy Schmeisser erzählt. Schmeisser züchtet schon seit Jahrzehnten seine eigene Rapsorte, die er immer wieder nachbaut. Vor einigen Jahren musste er nun feststellen, dass seine Ernte als Saatgut unbrauchbar war. So stark war sie von dem Roundup Ready Raps eines Nachbarn verseucht. Eigentlich hätte Schmeisser Schadenersatz zustehen müssen – denkt man als naiver Europäer. Aber das Gegenteil war der Fall. Schmeisser wurde verurteilt, weil er keine Patentgebühren gezahlt hat. Ein Bauer sei für das verantwortlich, was auf seinen Feldern wächst. In einer langen Einstellung zeigte der Film, wie der Wind dort ganze Rapsstauden über weite Strecken vor sich hertreibt. Auch Biobauern sind dieser Invasion ausgeliefert, obwohl sie regelmäßig die fremden Pflanzen einsammeln.

Noch schlechter erging es indischen Bauern. Sie glaubten den Werbefilmen für genmanipulierte BT-Baum-

## *Liebe Leserinnen und Leser,*

der Friedensnobelpreis für eine Umweltschützerin hat viel Aufsehen erregt.

Aber das waren Randerscheinungen. "Wir haben mit dem Preis für Wangari Maathai den Friedensbegriff erweitert. Ohne eine gut funktionierende Umwelt gibt es keinen Frieden", begründete der Komitee-Vorsitzende Ole Danholt Mjos die Entscheidung. Maathai selber hat ihre höchst politische Einstellung in folgendem Statement auf den Punkt gebracht: „Mir geht es vor allem darum, Defizite zu benennen und sie öffentlich zu machen. Wenn es gelingt, auf die politische Elite Einfluss zu nehmen und sie zu überzeugen, dass Gleichheit, Transparenz, Demokratie, Umwelt- und politisches Verantwortungs- bewusstsein Teil der Politik werden, ist schon viel erreicht. Grünes und bürgerschaftliches Denken muss Allgemeingut werden.“ Damit ist sie ganz nahe bei der Schumacher Gesellschaft, wir verfolgen sogar die gleichen Ziele.

Aber auch wenn die gesamte Ökobe- wegung zusammen mit Wangari Maathai den Preis feiert, hat es keinen Sinn, sich auf fremden Lorbeeren aus- zuruhen. Es gibt noch ungeheuer viel zu tun und gerade wir, die wir in einer reichen und demokratischen Gesell- schaft leben, sind gefordert. Hier bei uns braucht es sehr, sehr viel weniger Mut für soziale Gerechtigkeit und eine intakte Umwelt einzutreten als im Kenia des Arap Moi. Immer wieder bestätigt sich da der Wahlspruch „Gemeinsam sind wir stark“. Ein einzelner Protestbrief gegen das finni- sche Kernkraftwerk wird sicher nichts bewirken, aber wenn diese Briefe in Waschkörben bei den finanzierenden Sparkassen eingehen, dann denkt man bei der Landesbank vielleicht doch noch mal über den Kredit für das Kraftwerk nach. Unsere Gesellschaft ist auch dafür da, dass man sich über solche und ähnliche Aktionen berät.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein gutes und erfolgreiches Jahr 2005.

*D Rüb*

Doris Rüb

wolle. Aber statt der versprochenen Baumwollberge gab es eine jämmerliche Missernte und die Bauern sind ruiniert. Tausende haben Selbst- mord begangen, andere versuchten sich durch den Verkauf einer Niere zu retten oder sie mussten ihr Land, ihre Lebensgrundlage, verkaufen und als Bettler in die Slums der Städte ziehen. Nicht nur deshalb gibt es in Indien eine stetig wach- sende Bewegung gegen die Saatgut- firmen, allen voran Monsanto. Die Bauern sehen nicht ein, warum sie ihr eigenes Saatgut nicht mehr nachbauen dürfen. Entsprechend erbost sind sie über das Terminator- gen, das Pflanzen unfruchtbar macht. Wenn diese Ernten wieder ausgesät werden, gehen sie nicht auf. Damit wird den Bauern der ille- gale Nachbau unmöglich gemacht.

Es klingt zynisch, aber nach der Lek- ture von "Trojanische Saaten" er- scheinen Pflanzen mit so einer ein- gebaute Bremse geradezu begrü- ßenswert. In Amerika gelten nämlich genmanipulierte Pflanzen und ihre natürlichen Pendanten als gleichwertig - sie dürfen nicht einmal gekenn- zeichnet werden! Entsprechend schlecht sind sie getestet. Industrie und FDA, die amerikanische Arznei- mittelbehörde, behaupten zwar ein- mütig, es seien die am besten ge- testeten Lebensmittel überhaupt, aber im Vergleich zu den jahrtausen- delangen Tests der natürlichen Nah- rung ist das schlicht Unsinn. Jeffrey M. Smith, Autor von "Trojanische Saaten", hat nun die Risiken und Katastrophen, die trotzdem bekannt geworden sind, zusammengestellt. Herausgekommen ist ein Buch, das mehr Gänsehaut erzeugt als jeder Gruselroman.

Angefangen hat alles mit Arpad Pusztai, einem britischen Gentechni- ker, der seinen Beruf ernst nahm und die genveränderten Kartoffeln, die er gerade hergestellt hatte, sorg- fältig testete. Bei den Fütterungsver- suchen stellte sich heraus, dass diese Kartoffeln seinen Ratten nicht bekamen, obwohl das Schneeglöck- chenlektin, das er eingefügt hatte, vollkommen ungiftig war. Er gab dazu ein kurzes Interview im Fernse- hen und löste eine Lawine aus. Die erste Reaktion war, dass er suspen- diert wurde und keinen Zugang mehr zu seinen Forschungsergeb-

nissen hatte. Erst nach langem Hin und Her und mit einigem Glück gelang es ihm, seine Unterlagen anderen Forschern zugänglich zu machen, die ihn daraufhin glänzend rehabilitiert haben. Diese Affäre, die um die Jahr- tausendwende durch alle Zeitungen ging, ist aber vermutlich nur deshalb gut ausgegangen, weil Pusztai schon vorher einen ausgezeichneten Ruf unter seinen Kollegen hatte.

In Amerika wurde zu der Zeit das Rin- derwachstumshormon rbGH in den Markt gedrückt. Auch da gab es quali- fizierte Kritiker. Sie zeigten, dass Milch von Kühen, die mit rbGH behan- delt wurden, eine veränderte Zusam- mensetzung hat und sogar ein poten- ziell krebserregendes Hormon enthält. Aber dort ging die Sache nicht gut aus. Die Kritiker wurden mundtot ge- macht und das Hormon weiter ge- spritzt. Nur um wenig anders wurde die Epidemie behandelt, die kurze Zeit später auftrat. Menschen wurden aus unerfindlichen Gründen schwer krank und einige starben. Den detek- tiven Fähigkeiten einiger Ärzte ist es zu verdanken, dass ein Nahrungs- ergänzungsmittel als Verursacher aus- findig gemacht wurde. Es handelt sich um die Aminosäure L-Tryptophan. Nur L-Tryptophan der japanischen Firma Showa Denko bewirkte die Sympto- me. Dort wurde die Aminosäure mit- tels gentechnisch veränderter Bakteri- en hergestellt. Sorgfältige Unters- suchungen ergaben, dass das gentech- nisch produzierte Tryptophan geringe Verunreinigungen enthielt, die es bei der natürlichen Variante nicht gab. Smith vergleicht das mit dem Conter- gan-Skandal. Die amerikanische Arz- neimittelbehörde FDA ließ allerdings die Beweise, dass die Verunreinigun- gen schädlich sind, nicht gelten und verbot L-Tryptophan gleich ganz.

Da erscheinen Allergien, die durch genmanipulierte Lebensmittel ausge- löst werden schon fast harmlos, ob- wohl auch die tödlich sein können. Ob und in wie weit genmanipulierter Mais, Raps oder Soja giftig sind, kann Smith nur vermuten, weil dazu zu we- nig Untersuchungen existieren. Wis- senschaftler, die das herausfinden wollen, haben es auch besonders schwer! Smith kann nur von Beobach- tungen an Tieren berichten, die Gen- food meiden, wo immer es ihnen mög- lich ist.

Nachdem die ausführlichen Berichte

über Pusztai das Misstrauen der britischen Bevölkerung gegenüber Gentechnik geschürt hatten, gab die Royal Society "Richtlinien für Redakteure" heraus. Damit wollte sie sicherstellen, "dass nur glaubwürdige Wissenschaftler in der Presse zu Wort kommen". Anders ausgedrückt, solle die Kritik an Gennahrung unterdrückt werden. Journalisten sollten vor einem Interview mit irgendeinem Wissenschaftler den offiziell nominierten Experten auf diesem Feld konsultieren! Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie des Oberhauses ging noch einen Schritt weiter und forderte, dass Journalisten das Wort "sicher" gleich ganz streichen! Es dürfte keine Schlagzeilen geben, die dem Image von Genpflanzen schaden könnten. In Amerika ist die Presse schon soweit gleichgeschaltet, dass kaum gegenüber Gentechnik kritische Artikel erscheinen.

"Trojanische Saaten" wurde geschrieben um den amerikanischen Lesern, die oft gar nicht wissen, was sie auf dem Teller haben, die Augen zu öffnen. Aber es wurde für den deutschen Markt bearbeitet. Die Übersetzerin hat einige Kapitel ergänzt und das Nachwort von Christine von Weizsäcker ist ein flammender Aufruf zum Widerstand gegen diese Technik. Zur weiteren Information gibt es im Anhang eine lange Reihe von Websites, auch deutschsprachigen und Ratschläge vom Greenpeace EinkaufsNetz.

Buchtipp: Jeffrey M. Smith: Trojanische Saaten Genmanipulierte Nahrung – Genmanipulierter Mensch, Riemann Verlag, broschiert, 415 Seiten, 19,00 Euro.

Den Film "Leben außer Kontrolle" kann man als Video oder DVD bei der Denkmal-Filmgesellschaft, München, oder unter [Bertram@denkmal-film.com](mailto:Bertram@denkmal-film.com) bestellen.

Aus meiner Erfahrung weiß ich, dass es schwieriger ist, Unmittelbarkeit und Einfachheit wieder zu erlangen als größere Verfeinerung und Verwickeltheit anzustreben. Jeder drittklassige Ingenieur oder Forscher kann Verwickeltheit verwickelter machen, es bedarf aber eines gewissen Maßes an wirklicher Einsicht, um die Dinge erneut zu vereinfachen. (E.F. Schumacher in Small is beautiful)

## GEN-RAPS FÜR EUROPA?

### EU-Umweltminister entscheiden über Zulassung - Greenpeace fordert Einfuhrverbot

Über die Zulassung von genmanipulierten Rapssamen entscheiden die europäischen Umweltminister in Kürze in Brüssel. Greenpeace fordert die Bundesregierung auf, sich im Umweltministerrat gegen den Import auszusprechen. Der gegen ein Spritzmittel resistente Gen-Raps mit dem Kürzel GT73 der Firma Monsanto hat in Tierversuchen mit Ratten und Fischen gesundheitliche Auffälligkeiten bis zu Lebervergrößerungen bei den Nagetieren verursacht. Nach Recherchen von Greenpeace mangelt es bei den Fütterungsversuchen Monsantos an der nötigen wissenschaftlichen Sorgfalt, um diese Befunde zu widerlegen. Dennoch hat die europäische Lebensmittelbehörde EFSA (European Food Safety Authority) die Gen-Saaten bereits für unbedenklich erklärt. Der importierte Raps soll zwar nicht für den Anbau, aber für die Weiterverarbeitung zu Ölprodukten und Tierfutter nach Europa eingeführt werden.

„Monsanto missachtet wesentliche Sicherheitsstandards, um seine Produkte möglichst schnell auf den Markt zu bringen“, sagt Gentechnik-Experte Christoph Then von Greenpeace. „Die vorliegenden Untersuchungen sind unzureichend, der Gen-Raps kann nicht als sicher angesehen werden. Deutschland muss dagegen votieren.“

Während sich die meisten EU-Mitgliedsstaaten bereits im Juni gegen eine Zulassung von GT73 ausgesprochen hatten, enthielten sich die deutsche Bundesregierung und vier weitere Staaten der Stimme. Dadurch wurde die notwendige qualifizierte Mehrheit gegen den Import verfehlt.

Sollte sich dieses Ergebnis bei der Abstimmung am 20. Dezember wiederholen, könnte die EU-Kommission den Gen-Raps gegen den Wil-

len der meisten EU-Länder zulassen.

England, Österreich und Zypern haben ihre ablehnende Haltung schriftlich begründet. Sie rügen die Ergebnisse aus den Tierversuchen sowie fehlende Untersuchungen zu möglichen Allergien und verweisen auf die Gefahr der unkontrollierten Ausbreitung des Gen-Rapses.

„Transport und Lagerung der Rapssamen bergen unkalkulierbare Risiken. Die Saaten können vom Wind verweht werden, sie überwintern im Boden und keimen auch außerhalb des Ackers. Zudem kann sich der genmanipulierte Raps mit seinen wilden europäischen Verwandten kreuzen. Es gibt kaum Chancen, die Ausbreitung der Gen-Pflanze zu stoppen“, erklärte Then.

Greenpeace bekräftigt auch seine Kritik an der EFSA. Nach Ansicht der Umweltschutzorganisation muss die Funktionsfähigkeit der Behörde grundsätzlich in Frage gestellt werden. Zahlreiche Beispiele belegen, dass die EFSA auch bei Hinweisen auf vorhandene Risiken gentechnisch veränderter Organismen grünes Licht für deren Zulassung gibt. Unabhängige Kontrollen können durch die starken personellen Verflechtungen zwischen der EFSA und den nationalen Sicherheitsbehörden nicht gewährleistet werden.

#### **Anmerkung der Redaktion:**

Nur wenn wir, die Bevölkerung, uns wehren, haben wir die Möglichkeit eine gegebene Situation zu verändern. Bitte schreiben Sie an die EU-Kommission oder an die Bundesregierung, Renate Künast, Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft. Für eine Kopie Ihres Schreibens – wenn Sie wollen – wären wir ihnen dankbar.

In der vorausgegangenen Ausgabe unseres Infobriefes „Small is Beautiful“ hatten wir Sie über einen Brief der E.F. Schumacher-Gesellschaft e.V. an die Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul informiert. Nun liegt uns die Antwort vor, die wir Ihnen nicht vorenthalten wollen. Beschämend ist, dass der Zuwachs an öffentlicher Entwicklungshilfe in vier Jahren lediglich 0,04 Prozent betrug — wie soll jemals der erwünschte Satz von 0,7 Prozent erreicht werden (Ziel einer UNO-Empfehlung)?

**BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT  
UND ENTWICKLUNG**

113 T 5500-0006

18. August 2004

E.-F.-Schumacher-Gesellschaft  
für Politische Ökologie e.V.  
Situlistr. 75  
80939 München

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen, meine Nachricht vom

Telefon, Name

Telefax

23.07.04

01888-535-2863

01888-535-2590

030-2503-2863

0228-535-2590

E-Mail Internet: Achim.Johannsen-brnz.bund.de

Betr.: Flüchtlingsproblematik; Haushaltsmittel für Entwicklungszusammenarbeit

Sehr geehrter Herr Amery,  
sehr geehrter Herr Diekmeyer,  
sehr geehrter Herr Professor Schrimppf,

Bundesministerin Wieczorek-Zeul hat mich gebeten, für Ihr Schreiben vom 23.07.04 zu danken und es zu beantworten.

Mit Ihrer Kernaussage, demzufolge Flüchtlingsströme nach Europa nur dann reduziert werden können, wenn in den Herkunftsländern der Flüchtlinge menschenwürdige Zustände herrschen, stimme ich überein. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung setzt sich mit seinem gesamten Instrumentarium der Entwicklungszusammenarbeit nachdrücklich dafür ein, zusammen mit unseren Kooperationsländern die Lebensbedingungen in Entwicklungs- und Transformationsländern zu verbessern und die Armut zu mindern. Die Bundesregierung als ganze ist dem international vereinbarten Ziel verpflichtet, weltweit den Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben, bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Das Aktionsprogramm 2015, das das Bundeskabinett im Jahre 2001 verabschiedet hat, beschreibt den Beitrag der Bundesregierung zu diesem Ziel.

Die Erreichung der Ziele der Armutsbekämpfung erfordert u. a. die von ihnen angesprochene Erhöhung öffentlicher Gelder für Entwicklungszusammenarbeit. Zu dieser Erhöhung hat die Bundesregierung sich im Rahmen einer gemeinsamen Verpflichtung aller EU-Mitgliedsstaaten bekannt und steht zu Ihrer Zusage, bis 2006 eine Quote von 0,33% des Brutto-National-Einkommens für Öffentliche Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Die erreichten Steigerungen der vergangenen Jahre von 0,26% in 1999 auf 0,28% in 2003 unterstreichen die Ernsthaftigkeit der Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Johannsen

## DAS GELD DER ANTI-GLOBALISIERER

Gleiche Währung für alle? Von wegen. In rund 50 Regionen Deutschlands kann man mit lokalen Scheinen bezahlen. Mit diesem Alternativgeld kurbeln Unternehmer und Einwohner die heimische Wirtschaft an.

Chris Löwer

Idyllisch ist es in Prien am Chiemsee – das betrifft das Leben genauso wie das Wirtschaften. In dem kleinen süddeutschen Ort sind Einzelhändler und Dienstleister geeint von einer Idee, die sich als äußerst einträglich erwiesen hat. Ob Apotheker oder Bäcker, Optiker oder Steuerberater – die Einwohner von Prien können seit kurzem mit einer neuen Währung bezahlen: dem Chiemgauer. Bereits knapp 150 Gewerbetreibende akzeptieren die Währung, die vor anderthalb Jahren an den Start ging und sich als kleine Erfolgsgeschichte erweist. »Monatlich werden bereits 12000 Euro in Chiemgauer umgetauscht«, sagt Christian Gelleri, Initiator des Chiemgauer und Wirtschaftslehrer an der örtlichen Waldorfschule.

Sein Ziel, erklärt Gelleri, sei es, »regionale Kreisläufe zu erhalten, die durch die Globalisierung endgültig zusammenzubrechen drohen.« Und tatsächlich hat die anfänglich gern als Spielerei belächelte Initiative im Kleinen neue Wirtschaftskreisläufe entstehen lassen. So findet etwa eine bislang ausschließlich überregional tätige Käseerei nun in der Nachbarschaft neue Kunden, mit denen in Chiemgauer abgerechnet wird. Gegenüber dem Finanzamt wird der Chiemgauer als Fremdwährung bewertet, bei einem Kurs von 1:1 zum Euro taucht somit jeder Chiemgauer gleichwertig zum Euro in den Büchern auf. Der Erfolg lässt Initiator Gelleri inzwischen sogar über ein elektronisches Zahlungssystem nachdenken.

### **Regionalgeld stützt die Firmen am Ort, nicht die Finanzmärkte**

Die etwas skurril anmutende Idee erobert Deutschland. Parallel zum gesetzlichen Zahlungsmittel bringen inzwischen bundesweit rund 50 Initiativen verschiedene Komplementärwährungen wie den Chiem-

gauer in Prien oder den Roland in Bremen in Umlauf. Sie setzen auf den Charme ihrer Heimatregion und treten an gegen die Internationalität des Euro. Sparstrumpf und Spekulation wollen sie das Geld entziehen, Bürger wieder zu Konsumenten machen und so die arg gebeutelte heimische Wirtschaft stützen. Selbst die Sparkassenchefs in Delitzsch-Eilenburg bei Leipzig erwägen die Einführung eines Alternativkreislaufs, um dem Einzugsgebiet, einer strukturschwachen Region mit einer Arbeitslosenquote von 20 Prozent, wieder auf die Beine zu helfen. Ein Gutachten hat bereits rechtliche Fragen geklärt; demnach könnte weder einer Komplementärwährung noch dem geplanten regionalen elektronischen Zahlungssystem der Sparkasse ein Riegel vorgeschoben werden.

Raus das Geld und rein in die Geschäfte, könnte das Motto dieser Bewegung lauten, die ihre Vorbilder insbesondere in Asien und Amerika findet. So gibt es in Japan bereits 175 Varianten solch alternativen Geldes, etwa unter den Namen Peanuts, Yufu und Ohmi, in Kanada hat sich der Gogo etabliert. Allen Initiativen gemein ist, dass das Zahlungsmittel nur regional gilt. Die Begründung dieses Prinzips liefert Margrit Kennedy, die lange als Architekturprofessorin an der Universität Hannover lehrte und heute eine Protagonistin der Regionalwährungsbeziehung ist. Ein Weltwirtschaftssystem, in dem zweistellige Arbeitslosenquoten, kränkelnde Sozialsysteme und kollabierende öffentliche Haushalte zur Norm geworden sind, will sie nicht akzeptieren. Im Zentrum ihrer Kritik stehen die internationalen Finanzmärkte:

»Außerordentlich zerstörerisch für soziale, ökonomische und ökologische Systeme ist die unbegrenzte Mobilität des Kapitals, das immer dahin fließt, wo der höchste Gewinn

lockt. So aber werden weder soziale noch lokale Bedingungen beachtet.« Probleme wie etwa Arbeitslosigkeit hätten diffuse globale Ursachen, aber konkrete lokale Wirkungen. Das dürfe nicht so bleiben.

»Mit Regionalwährungen werden Regionen in die Lage versetzt, ihre Probleme weitgehend selbst zu lösen«, sagt Kennedy. Alternativgeld sei kein »gewinnbringendes Geld, wie es der Euro ist, sondern ein nutzbringendes«. Durch die mit lokalen Komplementärwährungen erreichbare Entkoppelung der regionalen von der globalisierten Wirtschaft bekämen Verbraucher wieder ein Gespür für den Wert qualitativ hochwertiger Güter aus der eigenen Region. Unternehmen in einem begrenzten Umkreis würden sich vernetzen und lokale Wertschöpfungsketten schaffen. Die Finanzkraft der Region würde auf diese Weise gestärkt. Überschüsse blieben an Ort und Stelle, statt durch das internationale Finanzsystem zu vagabundieren. Das Ziel sind geschlossene lokale Wirtschaftskreisläufe anstelle des globalen Ausverkaufs.

Um diesem Prinzip zum Durchbruch zu verhelfen, wird, zumindest bei den hiesigen Alternativwährungen, sanfter Druck angewandt: Geld, das nicht ausgegeben wird, verliert an Wert. Wer zum Beispiel den Chiemgauer länger als drei Monate behält, muss einen quartalsweisen Wertverlust von zwei Prozent hinnehmen. Wie Monatsmarken für öffentliche Verkehrsmittel werden die Geldgutscheine mit einer Wertmarke versehen, die ihnen für nur ein Quartal Gültigkeit verleiht. Am Ende des Quartals ist ein Umtausch fällig. Wer das Geld wieder komplett in Euro zurücktauschen will, bekommt von der »Dezentralbank« fünf Prozent des Betrages abgezogen. Die so erhaltenen Gelder fließen gemeinnützigen Projekten zu.

Nach Erfahrung von Klaus Starke, Koordinator des Regionetzwerkes,

einer Arbeitsplattform für komplementäre Währungen, beschert allein die Umlaufsicherung, von Starke als »umgekehrter Zins« bezeichnet, den beteiligten Händlern im Schnitt einen Umsatzzuwachs von zehn Prozent. Starke sieht ferner die Möglichkeit, den »fatalen Trend« zu kurzfristigen Einlagen mit der Folge kurzfristiger Investitionen zu stoppen: »Eine regionale Wirtschaft braucht Stabilität in den Kreisläufen und langfristige Investitionen.«

Genau davon wird auch abhängen, ob die Idee selbst auf Dauer tragfähig ist: Wenn es nicht gelingt, vom Erzeuger bis zum Verbraucher einen geschlossenen Kreislauf zu organisieren, dann wird das Zahlungsmittel immer exotisch bleiben und letztlich das Schicksal von Eintagsfliegen teilen. Es gibt regelrecht Standortfaktoren, die über Erfolg und Misserfolg einer Initiative entscheiden: »Je vielfältiger die wirtschaftliche Ausgangssituation ist, desto besser. Wichtig ist, dass sich eine Region noch selbst versorgen kann«, sagt Alternativgeldexpertin Kennedy. Daher entstehen Komplementärwährungen in Deutschland eher in ländlichen Gebieten mit diversifizierter Wirtschaft wie dem Allgäu, Chiemgau und Münstertal.

Am wichtigsten für den Erfolg der Initiativen ist aber immer noch der Endverbraucher. Mangelt es diesem schlicht am Geld, hilft auch die schönste Wirtschaftsstruktur nichts. Dennoch gilt: Kein Euro, kein Regio. Einen Ausweg aus diesem Dilemma hofft Franz Galler gefunden zu haben, Vermögensberater und Vorsitzender des Sterntaler- und Talente-Tauschrings. Galler will die Ideen der Regionalwährung und des bargeldlosen Tauschrings zusammenbringen. »Bei uns zählen auch die Fähigkeiten und Kenntnisse, die jemand hat. Dafür gibt es Zeitkonten, die sich in Sterntaler tauschen lassen. So lässt sich über Zeit Geld schöpfen«, erklärt Galler. So bekommt eine Friseurin zum Beispiel für einen Haarschnitt, der eine Stunde dauert, zehn Talente auf ihrem Zeitkonto gutgeschrieben – ein Preis, den die Tauschpartner vorher frei vereinbaren und der bares Geld wert ist. Denn zehn Talente entsprechen zehn Euro. Ein Drittel des derzeit 200 Mitglieder starken Verbundes im Berchtesgadener Land

sind Unternehmer. Bereits heute ist die Währung mit dem Chiemgauer austauschbar.

Noch in Planung ist das Konzept einer neuen Regionalwährung, die ab September in der Bundeshauptstadt für neues Aufsehen sorgen dürfte: der Berliner im Stadtteil Prenzlauer Berg. Auch hier geht es darum, gewachsene Strukturen – in dem Fall den Kiez – vor dem Andrang anonymer Supermarkt- und Ladenketten zu bewahren. »Letztlich sind die Probleme überall gleich. Also muss es darum gehen, noch bestehende Wirtschaftsstrukturen im eigenen Umfeld zu erhalten und zu fördern«, sagt Mitinitiator und Wirtschaftsingenieur Alexander Woitas. Unterstützung bekommt er auch von unerwarteter Seite: So fließen dem Projekt als Anschubfinanzierung 10000 Euro der landeseigenen Lotto-Gesellschaft und Mittel der Investitionsbank Berlin zu, und die Bundesdruckerei bot an, fälschungssichere Berliner zu drucken.

Rechtliche Probleme sieht Initiator Woitas nicht. Komplementärwährungen gelten als Gutscheine, die nur von denen genutzt werden können, die Mitglied im Trägerverein sind. »Im Grunde ist das nichts anders als Happy Digits, Miles & More oder Rabattmarken. Nur mit dem Unterschied, dass bei uns damit auch ein gemeinnütziges Moment verbunden ist«, sagt er.

### **Bayerngeld für den Nordseeurlaub**

Auch bei der Deutschen Bundesbank sieht man das Treiben der diversen Regionalwährungen gelassen, zumindest solange aus dem Trend noch keine Massenbewegung von makroökonomischer Bedeutung geworden ist. »Nur bei einer sehr stark zunehmenden Verbreitung solcher Währungen könnte es zu einer Störung der Notenbankpolitik kommen, da eine von der Notenbank nicht autorisierte Geldschöpfung stattfindet«, sagt Gerhard Rösl von der volkswirtschaftlichen Abteilung der Bundesbank. Schließlich müsse die Notenbank direkt oder indirekt die Kontrolle über die gesamte Geldschöpfung in ihrem Wäh-

rungsraum besitzen, um Preisstabilität garantieren zu können.

»Konsequenterweise verbietet Paragraph 35 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank deshalb die Ausgabe von »Nebengeld«, wenn dieses geeignet ist, im Zahlungsverkehr das gesetzliche Zahlungsmittel zu verdrängen«, sagt Rösl. Nur die Europäische Zentralbank darf Geld drucken und es in Deutschland über das System der Bundesbank und Landeszentralbanken ausgeben.

Während die Idee der Regionalwährung Kreise zieht und derzeit beim Sozialfond der Europäischen Union sogar geprüft wird, ob einige europäische Zweitwährungen, darunter der italienische Credito, als europäische Regionalförderung anerkannt werden, übt der Unternehmensberater Egon W. Kreutzer Kritik: »So lange es noch parallel eine reguläre Währung gibt, wird das System nicht funktionieren, denn Außenhandels- und Zahlungsbilanzprobleme sind vorprogrammiert. Chiemgauer & Co taugen allenfalls als Marketing-Gag für eine Region.« Eine derartige »währungspolitische Kleinstaaterei« werde den Gegebenheiten eines hoch industrialisierten und arbeitsteiligen Landes nicht gerecht. Und würden die von Kreutzer als »Landkreis-Dukaten« verschmähten Komplementärwährungen tatsächlich einmal die gesetzliche Währung ersetzen, »würden die Systeme überfordert zusammenbrechen«. Schließlich ersetze eine hohe Umlaufgeschwindigkeit noch lange nicht die Geldmenge. »Das funktioniert allenfalls mit 40 gut verdienenden Birkenstockträgern um den Kirchturm herum«, polemisiert Kreutzer.

Harte Worte, die Regionetzwerker Starke allerdings kaum etwas anhaben können. »Niemand geht es darum, den Euro zu unterwandern. Es geht um Ergänzen und nicht um Ersetzen«, sagt Starke. Er und seine Mitstreiter arbeiten bereits an einem neuen, bedeutenderen Verrechnungssystem. Auf dass Bayern später einmal auch während ihres Nordseeurlaubs mit der Währung ihrer Heimat bezahlen können.

Aus: DIE ZEIT 05.08.2004 Nr.33

<http://www.zeit.de/2004/33/G-Regionalwährungen>

# WER WILL DIE NEUEN ATOMMÜLL-LAGER - UND WER WILL SIE NICHT?

Raimund Kamm

Ein unverbrauchtes Brennelement wird von den Beschäftigten in den Atomanlagen allein durch Handschuhe geschützt gehandhabt. Erst beim Spaltprozess im Reaktor entsteht dann die ungeheure Radioaktivität. So strahlt ein Brennelement, das nach 3-4 Jahren aus dem Reaktor entnommen wurde und dann ein halbes Jahr im Abklingbecken war, etwa 10.000.000.000 mal stärker als ein noch unverbrauchtes Brennelement. Und dieser extrem radioaktive Müll muss über 1 Million Jahre sicher eingeschlossen werden, bis er wieder ein einigermaßen verträgliches Strahlungsniveau erreicht.

Wer heute in Deutschland die Erzeuger und somit Verursacher des tödlich strahlenden Mülls, also die führenden Angestellten der vier Atomkonzerne: RWE, EON, Vattenfall und EnBW, fragt, wie der Müll sicher beseitigt werden kann, kriegt die Antwort: *Da für sind nach dem Gesetz nicht wir sondern ist die Bundesregierung zuständig. Wir zahlen nur. Und im übrigen haben wir das Entsorgungsproblem technisch gelöst.* So z.B. immer wieder Dr. Lasch, Sprecher von Deutschlands größtem Kraftwerk, dem AKW Gundremmingen.

Wer dann erschrocken nachschaut, wie die Atomstromer sowie ihre Wissenschaftler und Politiker die Atommüllbeseitigung geplant hatten, wird fassungslos: In den 1950er und 1960er Jahren gab es keine konkreten Pläne sondern einen Dreiklang aus: Das Problem ist nicht sehr groß, wird mit den Jahren kleiner und da wird uns schon was einfallen.

Zuerst baute man auf die Abklingbecken, dann auf die Kompaktlagerung in den Abklingbecken, zwischendurch auf die Weiterverarbeitung großer Teile dieses Atommülls zu Brennstoff für den Schnellen Brüter, wie er in Kalkar geplant war und technisch scheiterte, und jetzt will man die Zwischenlager vergrößern. Und immer haben diese Leute im Hinterkopf den Plan, den Atommüll nach Russland oder China oder sonst wohin abzuschieben.

Zugleich wurden die Wissenschaftler überhört, die davor warnten, dass die Verwirklichung einer sicheren Endlagerung für die erforderlichen 1.000.000 Jahre eigentlich nicht garantiert werden könne. Spätestens zu Beginn der 1990er Jahre sahen die Verantwortlichen den "Entsorgungsnotstand" heraufziehen. Immer mehr Insidern dämmerte, dass die von Helmut Kohl in seiner ersten regulären Regierungserklärung am 4. Mai 1983 gemachte Versprechung "Die Entsorgung muss und wird zügig verwirklicht werden." unseriös war. Und dass der darauf abgestellte Zeitplan der Bundesregierung, wonach Ende der 1990er Jahre ein Endlager in Gorleben in Betrieb genommen werden würde, nur eine Ankündigung auf dem Papier war.

Die Forscher fanden keine Wege, um ein Endlager mit Mehrfachbarriere zu entwickeln, das die Dichtigkeit zur Biosphäre für die erforderlichen 1.000.000 Jahre garantieren würde. Und die Wahl von Gorleben als Endlagerstandort war nicht wissenschaftlich begründet, sondern von Ministerpräsident Ernst Albrecht aus undurchsichtigen Motiven gewollt.

Da zugleich nach Verringerung der Subventionen für die Atomenergie und durch die Abschaffung der Strommonopole höchstens noch schon gebaute Kernkraftwerke mit Gewinn zu betreiben waren, und zugleich die offenen und verdeckten militärischen Interessen an Plutoniumfabriken auch infolge des Zusammenbruchs des Ostblocks schwanden, suchten die großen Stromkonzerne eine Dreifachlösung:

Wenn die Politik uns für weitere Jahrzehnte hilft, neue Zwischenlösungen für den Atommüll zu schaffen und wenn die Politik unsere laufenden Kernkraftwerke nicht antastet, erklären wir den vorläufigen Verzicht auf neue (und aus betriebswirtschaftlichen Gründen für einige Jahrzehnte ohnehin nicht geplante)

Kernkraftwerke.

Und so genehmigte in 2002 und 2003 die Bundesregierung den vier Atomkonzernen zwölf neue Zwischenlager zum Abstellen von 14.025 Tonnen Brennelementemüll in 1.440 Castoren. An den Aktienbörsen wurde die diesen Genehmigungen voran gegangene Vereinbarung zwischen AKW-Betreibern und Bundesregierung am Tage der Bekanntmachung mit außergewöhnlichen Kurssprüngen für RWE & Co honoriert.

Die Atomenergiegegner hingegen weisen unermüdlich auf drei Punkte hin:

1. Diese zwölf neuen Castorlager können insbesondere durch Terroranschläge zu einer Gefahr für das ganze Land werden.
2. Die Wiederräumung dieser erst mal auf 40 Jahre genehmigten "Zwischen"lager ist ungewiss, da die Inbetriebnahme eines sicheren Endlagers nicht absehbar ist.
3. Durch diese Zwischenlager wird der unverantwortliche Weiterbetrieb der Kernkraftwerke ermöglicht, obwohl das Atommüllproblem ungelöst ist.

Gegen die atomrechtliche Genehmigungen der neuen Atommüll-Lager wird an einigen Standorten geklagt. Die Klage gegen das Gundremminger Atommüll-Lager Schwaben wird finanziell auch durch die IPPNW unterstützt.

Die moderne Wirtschaftswissenschaft unterscheidet nicht zwischen erneuerbaren und nicht-erneuerbaren Materialien, da ihr Vorgehen ja gerade darin besteht, alles in Form von Geld nach der Menge zu bewerten.

E.F. Schumacher in Small is beautiful

# Ich-AG

## Neue Unternehmensformen für Existenzgründer sind gefragt

Dieter H. Wirlitsch

**Im Sinn von E. F. Schumacher soll eine "mittlere Technologie der Unternehmensorganisation", die den Menschen eine Existenzmöglichkeit verschafft, aufgebaut werden.**

Aktuell haben langzeitarbeitslose Menschen wenig Chancen, eine neue Arbeitsstelle zu finden. Vor dem Hintergrund der Änderungen durch Hartz IV ist der Schritt in die Selbstständigkeit in vielen Fällen besser.

Dem Menschen angemessene Wirtschaftsformen, in denen die Beschäftigten einen inneren Bezug zu ihrer Tätigkeit haben und miteinander persönlich in Beziehung treten können, werden gesucht. Neue Sozialformen im Arbeitsleben, neuartige Finanzierungsformen für die Unternehmen, neue Vergütungsmodelle und neue Regulationsmechanismen des Kapitalflusses sind längst überfällig. Eine Reihe Initiativen setzen sich mit diesen Fragen und Problemen aktiv auseinander und erproben gangbare Alternativen. Ermutigende Beispiele beschreibt George McRobie in seinem Buch "Small is Possible". Auch hier in Deutschland finden sich eine ganze Reihe assoziativer Unternehmen. Praktisch immer tragen und ernähren diese Projekte ihre Kooperationspartner. Leider finden diese Modelle nur vereinzelt Unterstützung durch Banken. Rühmliche Ausnahmen sind in Deutschland die GLS- (Gemeinschafts-)Bank und der TRIODOS und in Schweden die YAK-Bank. Diese Beispiele zeigen, dass es sehr wohl möglich ist, die herkömmlichen aus-

gefahrenen Geleise der Wirtschaft zu verlassen. Gerade für Menschen, die selbst kein eigenes Kapital, aber Ideen und Initiative haben, können assoziative Unternehmenskooperationen ein Weg in die erfolgreiche Selbstständigkeit sein.

### Das geplante Assoziations- und Kooperations-Modell

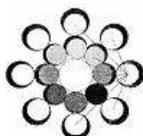
Wer für seine persönliche (Unternehmens- und Wirtschafts-) Zukunft Sorge tragen will, muss andere Menschen leistungsfähig machen. Geld selbst arbeitet ja nicht wirklich! Wirtschaftliches Tun soll der menschlichen Entwicklung dienen, nicht umgekehrt. Der Mensch darf nicht zum bloßen "Faktor Arbeit" verkommen, der je nach Konzept und Ansatz dem "shareholder value" geopfert wird. Echte und real existierende Werte werden aus investiertem Kapital nur dann entstehen können, wenn der "Faktor Mensch" die im Geld steckende geistige und reale Energie nutzt.

**Der inhaltliche und organisatorische Ansatz kann am besten so beschrieben werden: nicht "shareholder value" mit möglichst kurzfristig erreichbarer Rendite ist die wirtschaftliche Zielsetzung, sondern die langfristige Realisierung einer soliden Basis und Existenzgrundlage aller am Unternehmen beteiligten Menschen - gerade auch der möglichen InvestorInnen.**

Dass unter diesen Bedingungen andere Arbeitsformen und Organisationen in den Unternehmen, aber auch andere Finanzierungsmodelle notwendig sind, versteht sich von selbst. Aus diesen grundsätzlichen Fragen heraus ist das hier beschriebene Modell der Initiative "Kooperations-Plattform für Existenzgründer" entstanden.

Eine Reihe interessierter ExistenzgründerInnen erarbeiten jeweils ein Stärken-Schwächen-Profil und ein Unternehmenskonzept (Businessplan) und überlegen, wie sie die gefundenen Stärken in ein gemeinsames Kooperationskonzept einbringen können. Die möglichen Interessenten entwickeln aus ihren persönlichen Stärken-Profilen und Businessplänen heraus ein Leistungsangebot, das innerhalb der Kooperation "vermarktet" werden soll. Dann wird über eine mögliche Unternehmensrechtsform der Kooperation und über die Form der kooperativen Zusammenarbeit entschieden. Die Kooperationspartner arbeiten assoziativ zusammen, wo immer sich das anbietet. Jedes Unternehmen benötigt z.B. für sich selbst: Räume, ein funktionierendes Büro, einen Verkaufsdienst oder ein Call-Center, Buchhaltung, Hausmeister und Reinigungsdienst ... und vieles andere.

Innerhalb der Kooperation werden nun die Unternehmensteile, die jeder benötigt, im Rahmen des assoziativen Zusammenarbeitens organisiert und den Kooperationspartnern als interne Dienstleistung zur Verfügung gestellt.



## Leistungs-Verrechnungs-Schein

Zur zinsfreien Werteerhaltung innerhalb der assoziativen Kooperation München - Oberbayern

Wert ..... Punkte (in Worten .....)

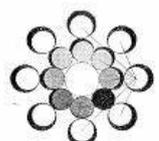
Die Gültigkeit dieses LVS ist unbeschränkt und kann jederzeit im Rahmen der Leistungsverrechnung mit anderen Kooperationspartnern genutzt werden oder der Koordinationsstelle zur Deckung des eigenen Kontos, zur Verrechnung oder zur Gutschrift übergeben werden. Dieser LVS ist nur gültig mit den Unterschriften des Ausstellers und der Koordinationsstelle. Der Besitzer dieses LVS kann damit alle seine Leistungsbezüge von anderen Teilnehmern bezahlen.

Aussteller: .....  
 Strasse : .....  
 PLZ/Ort : .....  
 Ort/Datum: .....  
Unterschrift

Freitag, 9. Juli 2004

Koordinationsstelle

ASSOZIATIVE KOOPERATION  
 MÜNCHEN — OBERBAYERN  
 D-85551 Kirchheim b. München

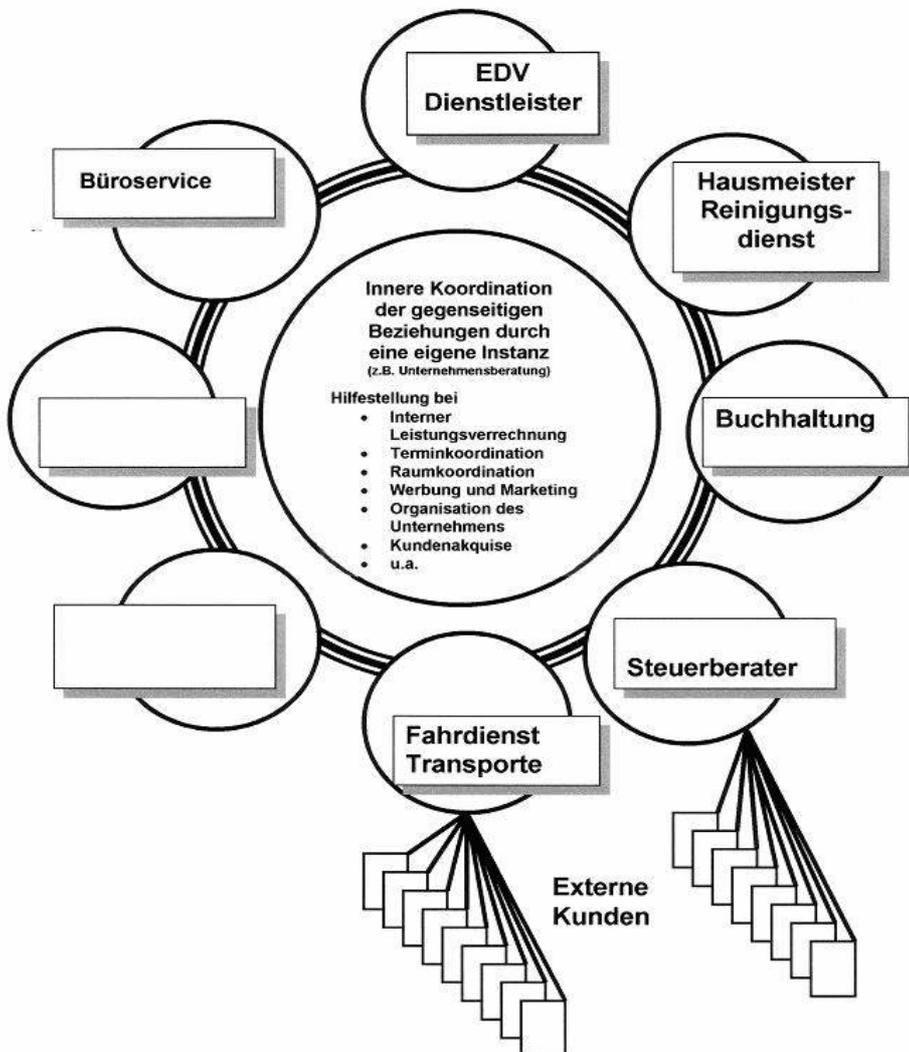


2004

Aussteller-Registrier-Nr.: 2004 / .....

Hierfür bezahlt der einzelne Kooperationspartner entsprechende kombinierte Gebührenpauschalen aus EU-

einem gemeinnützigen Verein sind die Partner ordentliche Mitglieder des Vereines.



©Assoziationskonzept 02/2004/dhw

RO-Geld und Leistungs-Verrechnungseinheiten. Aus diesen Einnahmen finanziert sich die interne Koordinationsstelle. Diese Koordinationsstelle kann ein weiteres Unternehmen innerhalb der Kooperation sein oder auch die Rechtsform eines Vereines haben. Es bietet sich an, entsprechende Regio-Geldsysteme zu nutzen oder intern mit eigenen Leistungsverrechnungsscheinen zu arbeiten. Kooperations- und Assoziationspartner bringen sich mit einem eigenen Part ein und beteiligen sich direkt auch an den Kosten (Büroräume, Arbeitsräume, Messestand, Vorträge, Präsentationen) und/oder stellen ihre Ressourcen (z.B. Räumlichkeiten) zur Verfügung. Kooperations- und Assoziationspartner sind Teil und Inhaber der Firma, die die Koordinationsstelle betreibt. Bei

### Stand der Entwicklung in München

Aktuell entsteht im Raum München ein solches Assoziativ-Unternehmen. Bisher haben sich acht ExistenzgründerInnen, die aus einer Gründungsinitiative im LETS-Tauschnetz München hervor gingen, dem Vorhaben angeschlossen:

- Computer- und Netzwerkspezialist
- Bank- und Börsenkaufmann und Akquisiteur
- Unternehmens- und Marketingberater (Gründungsberater)
- Journalist
- Vorbuchhalterin
- Bioladen, der derzeit zum Heim- und Zustelldienst und Catering-Unternehmen umstrukturiert wird
- Camouflagistin
- Zustell- und Fahrdienst

Benötigt werden noch eine Bürokauffrau oder Büromanagerin für den Aufbau eines Büro- und Servicenters, weiter fehlen noch ein Steuerberater und Rechtsanwalt. Unterstützung erfährt dieses Projekt bereits durch den Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (KDA) der evangelischen Kirche Bayerns.

Kontaktadresse:  
Alexander Torday Tel. 089-297945  
Mail: realpress@arcor.de

## REGIONALWÄHRUNGEN IM AUFWIND

Der Wirtschaftsgeograph und Dipl.-Kfm Martin Schmidt-Bredow hofft auf die Verbreitung so genannter Regionalwährungen. Schmidt-Bredow bietet zu diesem Thema Vorträge und Informationen an. Seit zwei Jahren werden in ganz Deutschland von meist lokalen Wirtschaftsinitiativen Regionalwährungen gegründet. Derzeit sind es zehn, davon zwei in Oberbayern („Chiemgauer“ und „Sterntaler“ im Berchtesgadener Land), weitere zwei im Raum Wolfratshausen und Pfaffenhofen stehen vor der Einführung. Der Trend zu solchen Komplementärwährungen kommt vor allem aus dem ehemaligen Krisenland Japan. Diese „Regios“ verstehen sich nicht, wie Schmidt-Bredow betont, als Konkurrenz zum Euro, sondern als „sinnvolle Ergänzung“ zur Förderung und Wiederbelebung regionaler Wirtschaftskreisläufe. „Das Regiogeld kann nicht mehr aus der Region abfließen und zirkuliert deutlich schneller, was insgesamt die lokale Kaufkraft wieder steigert.“ Zudem gebe das Regiogeld dem Bürger das Gefühl, etwas für die Region und einen Verein eigener Wahl zu tun, an den ein Bonus abgeführt wird. Vorbild ist laut Schmidt-Bredow ein Lokalgeldexperiment im Tiroler Wörgl, das während der Weltwirtschaftskrise 1932 die Arbeitslosenrate binnen Jahresfrist um 25 Prozent senkte.

www.regionetzwerk.de  
Tel. 089-523 78 99  
eMail: martin@schmidt-bredow.de

# EINIGE GRÜNDE FÜR DEN ERFOLG DER BAYERISCHEN SOLAR-INITIATIVEN

Ernst Schrimppf

Sprecher der AG Bayerische Solar-Initiativen

Wer die offizielle Energiepolitik im Freistaat Bayern seit 1990 verfolgt und gleichzeitig den zügigen Ausbau der Solarenergien im größten Bundesland festgestellt hat, sieht sich mit einem nicht unerheblichen Widerspruch konfrontiert:

Einerseits war und ist es das Ziel des für die Energiepolitik zuständigen Bayerischen Wirtschaftsministeriums, Elektrizität im Freistaat zu zwei Drittel oder mehr mit Atomkraftwerken zu erzeugen, und im Zuge des 1990 beschlossenen Stromeinspeisegesetzes das Aufkommen von Alternativenergien, wie der Windkraft und der Photovoltaik, dezidiert zu unterdrücken (z.B. mit dem politischen Einfluss auf einen Regionalplan in der Oberpfalz, der seit 1998 nur auf 0,4 Prozent der Regionalfläche Windkraftanlagen überhaupt zuließ. Dieser Regionalplan ist allerdings am 8.12.03 vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof für nichtig erklärt worden!) oder den Bau von Photovoltaik-Anlagen durch gezielte Falschinformationen zu behindern. Seit 1992 kam keine 'müde' Mark vom Bayerischen Wirtschaftsministerium für den Bau von PV-Anlagen!

Andererseits findet sich in Bayern die mit Abstand höchste Solardichte Deutschlands, was sowohl Solarkollektoranlagen, als auch Photovoltaikanlagen betrifft. Das häufig genannte Argument, es habe allein mit der südlichen Lage und der erhöhten solaren Einstrahlung zu tun, sticht nicht, denn dann müsste sich eine ähnlich hohe Solardichte auch in Baden-Württemberg finden.

Wenn also einerseits die offizielle Energiepolitik den Ausbau der Photovoltaik seit Jahren behinderte (nicht der Solarkollektoren, hier flossen - das sei zur Ehrenrettung der Bayer. Staatsregierung gesagt - seit 1994 Fördermittel!), andererseits aber sich viele Bürger in Bayern von den diffamierenden offiziellen Kampagnen

nicht beirren ließen, dann stellt sich die Frage, warum sich gerade die Bayern entgegen den 'Empfehlungen' ihrer zentralen Autorität und trotz fehlender Unterstützung bis 1998 überdurchschnittlich viele Photovoltaik-Anlagen zulegten.

Einer der Gründe dürfte die Empörung über die skandalöse offizielle Verharmlosung der radioaktiven Niederschläge in Bayern nach dem GAU von Tschernobyl 1986 gewesen sein. Schon 1987 entstand deshalb der 1. Sonnenenergie-Tag in Schatzhofen bei Landshut, um Alternativen zur riskanten Atomkraft und Wege zu einer Energie- wende aufzuzeigen. Einige Jugendliche aus Freising haben diese neuen Möglichkeiten fasziniert aufgegriffen und 1989 den Verein 'Sonnenkraft Freising' gegründet, um die Solarthermie und die damals noch völlig utopisch erscheinende Photovoltaik voranzubringen.

Das Engagement bei 'Sonnenkraft Freising' beschränkte sich also nicht nur auf den sehr erfolgreichen Selbstbau von Solarkollektoren. Schon 1991 griff man den Gedanken der 'Kostendeckenden Vergütung' (KV) für Solarstrom vom Solarenergie-Förderverein Aachen auf und erwirkte nach intensiver Informationsarbeit bei den verschiedenen kommunalen Parteien im Juli 1993 den zweiten Stadtratsbeschluss in Deutschland zugunsten der KV. Energisch wurde auf den Abschluss von Einspeise-Verträgen mit den Stadtwerken hingewirkt, so dass schon Ende 1993 die ersten KV-Verträge in Deutschland rechtskräftig waren.

Der Erfolg dieser kleinen Solar-Initiative sprach sich in Bayern wie ein Lauffeuer herum und der Vorstand wurde von verschiedensten Seiten aufgefordert, Filialen des

Vereines in anderen Städten und Regionen zu gründen, um auch dort die KV durchzusetzen. Dieser Versuchung, sich überregional zu vergrößern, hat der Vorstand weitsichtig widerstanden: Dagegen erklärte er sich bereit, sein ganzes 'know how' und die gesammelten Erfahrungen unter der Bedingung kostenlos weiterzugeben, dass jeweils neue und unabhängige Vereine oder Solar-Initiativen in voller Eigenverantwortung entstanden, und schlug gleichzeitig eine enge und partnerschaftliche Zusammenarbeit an, um die zähen Widerstände vonseiten des Bayerischen Wirtschaftsministeriums gemeinsam zu überwinden.

Auf diese Weise entstanden in rascher Folge Vereine wie 'Sonnenkraft Fürstfeldbruck', 'Sonnenkraft Dillingen' 'Energiewende Erding', 'Solarinitiative München Land' und viele mehr. Anfang 1995 haben schon 28 Solar-Initiativen unter Federführung der 'Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Solar-Initiativen' eine vielbeachtete Petition an den Bayerischen Landtag zur Nachbesserung der Bayerischen Grundsätze zur KV gerichtet und dabei mehr als 6320 unterstützende Unterschriften von Bürgern überreicht. Ein Jahr später (1996) bestanden in Bayern schon 52 Solar-Initiativen, die sich gemeinsam an den Ministerpräsidenten wandten, um die KV schneller voranzubringen. Und 1998 brachten 120 Solar-Initiativen lokal oder regional die Möglichkeiten der Sonnenenergie-Nutzung eigenständig unter die Bürger, darunter auch viele lokale BN- und Agenda-2000-Gruppen, die sich der Solarbewegung angeschlossen hatten.

Die Erfolge der zahlreichen Solar-Initiativen schlugen sich auch in der Anzahl der KV-Beschlüsse nieder: Ende 1997 hatten 21 Städte in Bayern die KV beschlossen, Anfang 1999 waren es 30 mit eigenen Stadtwerken. Darüber hinaus gelang es bis Anfang 2000 auch Gemeinden ohne

eigene Gemeinde- oder Stadtwerke zu KV-Beschlüssen bzw. -Apellen an ihre Energieversorgungsunternehmen zu veranlassen, und zwar 16 Kommunen in Nordbayern und 56 Kommunen in Südbayern. Auch der Gemeindegtag hat sich zum Schluss für die KV ausgesprochen. In anderen Bundesländern ist es - soweit uns bekannt - zu keinen entsprechenden Beschlüssen gekommen.

Alles zusammen genommen ergab sich ein rasanter Schneeball-Effekt, der ausgesprochen viel aufklärende

Information über die Sonnenenergie-Nutzung unter die Bürger brachte. Daher ist es eigentlich nicht verwunderlich, dass mit Einführung des 'Erneuerbare-Energien-Gesetzes' und dem '100.000-Dächer-Programm' durch die Bundesregierung im April 2000 mehr als die Hälfte aller PV-Anlagen Deutschlands in Bayern auf die Dächer kamen. Denn in keinem Bundesland sonst waren die Bürger durch die Solar-Initiativen so gut vorbereitet und motiviert worden wie in Bayern.

Das dezentrale, eigenständige und eigenverantwortliche Prinzip der zahlreichen Solar-Initiativen in Bayern in Verbindung mit der engen und solidarischen Zusammenarbeit aller (seit 1994 gibt es jährliche Treffen der Bayerischen Solar-Initiativen!) dürfte trotz des subtilen, aber anhaltenden Widerstandes der Bayerischen Staatsregierung maßgeblich zur so erfreulichen Entwicklung für die Solarenergien und die Energiewende an sich beigetragen haben.

## GREENPEACE DECKT AUF:

### NAFTA kritisiert USA wegen Gefährdung der biologischen Vielfalt Mexikos. Brisanter Report der Nordamerikanischen Freihandels Zone über Risiken

Hamburg, 19. 10. 2004 - Greenpeace veröffentlicht heute einen Report der Umweltbehörde Commission For Environmental Cooperation (CEC) der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA), der vor den Risiken der Ausbreitung von Gen-Mais in Mexiko warnt. Der Report fordert eine Kennzeichnung von amerikanischem Gen-Mais, der für Mexiko bestimmt ist. So solle verhindert werden, dass sich Gen-Mais unkontrolliert ausbreite.

Weitere Forderungen der NAFTA: Die genmanipulierten Pflanzen sollten nur noch in gemahlener Form exportiert werden, damit die Körner nicht als Saatgut verwendet werden können. Außerdem solle der kommerzielle Anbau von Gen-Mais nicht mehr gestattet werden, da die Umweltauswirkungen nicht abschätzbar seien. Die Veröffentlichung des Reports mit dem Titel "Mais und Biodiversität: Effekte von gentechnisch verändertem Mais in Mexiko" wird von der US-Regierung seit Juni zurückgehalten.

"Der NAFTA-Bericht bestätigt, dass die USA durch die Handelspraxis mit genmanipulierten Saaten die Umwelt gefährden und die unkontrollierte Ausbreitung von Gen-Pflanzen fördern. Kein Wunder, dass die USA diesen Bericht zurückhalten. Eine Trennung der Märkte und Kennzeichnung der Gen-Pflanzen wurde bisher immer als überflüssiges Handelshemmnis bezeichnet", sagt Christoph Then, Gentechnikexperte von Greenpeace Deutschland.

Im Ursprungsland des Mais wurden schon 2001 Verunreinigungen von Gen-Mais wissenschaftlich belegt. Der NAFTA-Report geht davon aus, dass sich der Gen-Mais unkontrolliert und nicht rückholbar unter den einheimischen mexikanischen Sorten ausbreiten wird. Jährlich werden über fünf Millionen Tonnen Mais aus den USA nach Mexiko exportiert.

Der Report ist für die USA problematisch, da diese im Moment vor einem Schiedsgericht der Welthandelsorganisation WTO gegen die EU wegen des Imports von amerikanischen Gen-Pflanzen klagen. Die Kennzeichnungsvorschriften und Zulassungsverfahren der EU werden von den USA als unzulässiges Handelshemmnis angesehen. Der Report könnte die Position der USA vor dem Schiedsgericht der WTO empfindlich schwächen.

"Der NAFTA-Report gibt der EU-Kommission gute Argumente bei ihrer Auseinandersetzung mit den USA", sagt Christoph Then. "Zu Recht beruft sich die EU vor der WTO auf das Prinzip der Vorsorge, weil längst nicht alle wissenschaftlichen Fragen geklärt sind." Auch in Europa wird der Anbau von Gen-Pflanzen unweigerlich dazu führen, dass sich diese auf den gentechnikfreien Feldern ausbreiten. Pflanzen wie Gen-Raps können sich zudem mit verwandten Wildkräutern kreuzen und fortpflanzen. Green-

peace fordert deswegen strikte Regeln zur Reinheit von Saatgut und einen Stop der Zulassung für Gen-Pflanzen.

---

## SPARERPROTEST GEGEN KERNKRAFTWERK

Was hat eine Kreissparkasse in Niederbayern mit dem neuen Kernkraftwerk in Finnland zu tun? Die Bayrische Landesbank gehört zur Hälfte den bayrischen Sparkassen, und die Landesbank ist an der Finanzierung des finnischen Reaktors beteiligt. Gerhard Döring, Gründungsmitglied der Schumacher-Gesellschaft und seit Jahrzehnten Atomkraftgegner, wollte diese Tatsache nicht nur mit einem Schulterzucken hinnehmen. Er schrieb dem Direktor seiner Sparkasse einen erbosten Brief, in dem er betont, dass er zwar mit den Dienstleistungen der Bank sehr zufrieden ist, es aber nicht hinnehmen kann, wenn so mit seinem Ersparten umgegangen wird.

Und damit diese Mahnung nicht ungehört verhallt, hat Döring auch eine Kopie des Briefes an die E.F. Schumacher-Gesellschaft geschickt. Wir geben das als Anregung für andere Sparer gern weiter.

dr

# FORUM – GEMEINSAM GEGEN DAS ZWISCHENLAGER + FÜR EINE VERANTWORTBARE ENERGIEPOLITIK E.V.

Raimund Kamm

*Kofi Annan, Generalsekretär der Vereinten Nationen bei einem Besuch des Museums in Tschernobyl im Juni 2002: "Millionen Menschen sind weiterhin direkt von den Konsequenzen dieses Unglücks betroffen. Ich bleibe tief betrübt über ihre Notlage. Es ist besonders beunruhigend, dass nur wenige Menschen die Vielzahl von Problemen, die mit dem Ereignis und seinen Nachwirkungen verbunden sind, realisieren."*

"In Weißrussland wurden 7000 km<sup>2</sup> zur Sperrzone und Zone strikter Kontrolle erklärt; in der Ukraine waren es 1000 km<sup>2</sup> und in Russland 2000 km<sup>2</sup>. Erst 1991/1992 wurde ein Gebiet so groß wie Baden-Württemberg, rund 140 km von Tschernobyl entfernt, evakuiert." (greenpeace: "17 Jahre nach Tschernobyl", April 03)

## 26. April: 18 Jahre nach Tschernobyl

### Radioaktivität hält länger an als das menschliche Bewusstsein

Auch in Bayerisch-Schwaben (von Lindau bis Nördlingen und von Neu-Ulm bis Aichach 9994 km<sup>2</sup>) dürfen die meisten geschossenen und gemessenen Wildschweine nicht verzehrt werden. Denn selbst 18 Jahre nach der in 1.800 Kilometern Entfernung in Tschernobyl geschehenen AKW-Katastrophe ist die Belastung durch das bei uns niedergegangene Cäsium 137 noch gesundheitsgefährdend.

Wie viel unermesslich schlimmer ist die Lage in Weißrussland, der Ukraine und in Russland. Vielleicht können wir uns das etwas vorstellen, wenn wir uns bewusst machen, dass ein Gebiet von der Größe Bayerisch-Schwabens bald nach der Katastrophe Sperrgebiet wurde und später noch mal ein Gebiet sogar in der Größe Baden-Württembergs evakuiert wurde. Und dass diese Sperrung für weitere Jahrhunderte bestehen bleiben wird.

Denken ist Probehandeln mit vermindertem Risiko, sagen die Psychologen. Deswegen müssen wir auch in Erinnerung der Tschernobyl-Katastrophe wieder und wieder über unse-

re Energiepolitik nachdenken. Die Auseinandersetzungen um den Bau des Atomüll-Lagers Schwaben, dessen bereits erfolgte atomrechtliche Genehmigung vor Gericht angefochten wird, hat das Problembewusstsein in Württembergisch und Bayerisch Schwaben geschärft: Jetzt sind 495 Personen, Vereine und Kommunen Mitglied im "FORUM Gemeinsam gegen das Zwischenlager und für eine Verantwortbare Energiepolitik e.V." Vor wenigen Tagen hat der Stadtrat von Senden a.d. Iller einstimmig mit allen 30 Mitgliedern + Bürgermeister beschlossen, unserem FORUM beizutreten. **Unser Verein fordert nachdrücklich den Landrat von Günzburg, Hubert Hafner, auf, die Entscheidung über die Baugenehmigung für das Gundremminger Zwischenlager erst zu treffen, wenn das atomrechtliche Genehmigungsverfahren abgeschlossen ist.** Denn mit Sicherheit werden bei dem Rechtsstreit vor dem Verwaltungsgericht Argumente gerade über Terrorgefahren bekannt, die maßgeblich sind für die Frage, ob die Halle gebaut werden darf und wenn wider Erwarten doch, wie sie gebaut werden muss.

In Verantwortung für uns, unsere Heimat und die Lebensgrundlagen für unsere Nachkommen formulieren wir 18 Jahre nach Tschernobyl klare Aussagen zur Energiepolitik:

1. Der Bau neuer Zwischenlager ist kein Baustein für den Atomausstieg. Im Gegenteil: Dadurch wird der gefährliche Weiterbetrieb der Kernkraftwerke für lange Zeit erst ermöglicht. Das AKW Gundremmingen zum Beispiel ist bereits abgeschrieben (19 Jahre) und soll nach dem Willen der Eigentümer RWE (75 %) und Eon (25 %) weitere 25 – 35 Jahre laufen. Die Größe des Zwischenlagers ist für eine Laufzeit bis etwa 2040 ausgelegt.
2. Wir können, wenn wir nur wollen, auf den Atomstrom schnell verzichten. Die Stromerzeugungskapazitäten in Deutschland betra-

gen brutto rd. 120 Gigawatt (= 120 000 Megawatt = 120.000.000 KW). Die zugehörigen Kraftwerke verteilen sich nach Energiearten auf: 32,3 GW Steinkohle, 21,7 GW Atomenergie, 22,3 GW Gase, 21,8 GW Braunkohle, 12 GW Wind, 9 GW Wasserkraft und 7,5 GW Öl (Stand 2000 und 2003). Rechnerisch ist auch zum Zeitpunkt des höchsten Stromverbrauchs (kalter Tag im Dez. mit etwa 85 GW) Deutschlands Strombedarf ohne Atomenergie und natürlich ohne Stromimporte zu decken. Kurzfristig würde dies allerdings die CO<sub>2</sub>-Emissionen steigern. Dem muss insbesondere durch Einsparungen im Verkehrsbereich (Tempolimit, Benzinpreiserhöhung im Rahmen der *Ökologisch Sozialen Steuerreform* → 3-l-Auto) und mittels Wärmedämmung, Kraft-Wärme-Koppelung (*Anteil in Deutschland mickrige 10 %, hingegen in Österreich 20%, in Holland 40 % und in Dänemark 50%!)* und Ausbau der erneuerbaren Energien begegnet werden.

3. Unsere Stromsparpotenziale nutzen. Allein infolge der schleichenen Einführung von immer mehr Elektrogeräten mit Leerlaufverbrauch (z.B. stand by) werden sinnlos in Deutschland Jahr für Jahr etwa 21 Milliarden Kilowattstunden Strom verschwendet. Daran haben nur die Stromkonzerne ein Interesse, da sie hierdurch etwa 2-3 Milliarden Euro Jahresumsatz zusätzlich machen. Wir fordern deshalb ein Gesetz **Aus ist Aus**, dass Elektrogeräte nach dem Ausschalten keinen Strom mehr nutzlos verbrauchen dürfen.
4. Unsere Atomkraftwerke sind gefährlich, sogar landesgefährlich. Viel zu wenigen ist bewusst, dass die Kernkraftwerke keine risikogerechte Haftpflichtversicherung haben. Wenn wir durch einen großen Atomunfall geschädigt würden, würden wir nicht einmal unsere Schäden ersetzt bekommen. Vermutlich würde durch die Folgelasten sogar ein Land wie Bayern zusammenbre-

chen.

5. Es gibt auch 38 Jahre nach Inbetriebnahme des ersten deutschen Großkraftwerks, dem Block A in Gundremmingen, noch kein Endlager für verbrauchte Brennelemente. Viele Journalisten und Bürger meinen, in Gorleben gäbe es ein Endlager. In Wirklichkeit gibt es in Gorleben nur ein Zwischenlager, so wie es auch in Gundremmingen gebaut werden soll, und ein Erkundungsbergwerk für ein Endlager. Allerdings haben führende Geologen, wie die Professoren Grimmel

und Duphorn, darauf hingewiesen, dass der Salzstock unter Gorleben wegen des Fehlens einer Mehrfachbarriere und sogar eines einfachen Deckgebirges, wohl nicht für ein Endlager geeignet ist. Insofern ist für jedes AKW und für jedes Zwischenlager völlig ungewiß, wohin der über 1.000.000 Jahre tödlich strahlende Müll verbracht werden soll. Und damit ist die Wiederräumung auch des Zwischenlagers Gundremmingen ungeklärt.

6. Wir fordern die verantwortlichen

Politiker in München und Berlin, namentlich die Herren Schröder, Trittin und Stoiber, auf, endlich dem Volk die Wahrheit zu drei Punkten zu sagen:

**I. Atomkraftwerke sind gefährlich und deswegen nicht risikogerecht versichert; II. Die Atommüllbeseitigung ist völlig ungewiß und droht unser Land zu verseuchen; III. Wir können auch ohne Atomstrom gut wirtschaften.**

## RASCHE KLIMAVERÄNDERUNGEN KÖNNTEN DIE WELT AN DEN RAND DER ANARCHIE BRINGEN

**“Rasche Klimaveränderungen könnten die Welt an den Rand der Anarchie bringen.”** So zitierte das ZDF am 23.02.04 die britische Wochenzeitung “The Observer”.

Nach einer Pressemitteilung von Germanwatch wurde dieser Bericht im Oktober 2003 erstellt und kam Mitte Februar durch eine Indiskretion ans Licht der Öffentlichkeit. Dabei handelt es sich nicht um eine wissenschaftliche Studie, sondern um ein Szenario, das u.a. auf der Befragung von neun nicht namentlich genannten Klimawissenschaftlern beruht. Es konzentriert sich auf die zwar relativ unwahrscheinliche, aber dennoch mögliche Veränderungen des Golfstroms. Dann würde es innerhalb weniger Jahre in Europa deutlich kälter.

In dem Bericht werden Vergleiche mit anderen Perioden der Klimageschichte angestellt, die ähnlich abrupte Änderungen aufwiesen und heftigste Auswirkungen auf die Umwelt- und Ernährungsbedingungen hatten und die erwarteten Konsequenzen aufgezeigt, wenn Gesellschaften, mit den Folgen von starken, nie da gewesenen Klimaänderungen konfrontiert werden. Ganz in der Tradition militärischer Bedrohungsstudien wird ein ausgeprägtes Katastrophenszenario aufgebaut, gegen das eine seriöse Sicherheitspolitik gewappnet sein muss.

Die erste zentrale Aussage des Berichts lautet, dass im 21. Jahrhundert

eine starke globale Erwärmung eintreten wird.

**Nach der zweiten könnte der Klimawandel nicht nur kontinuierliche, sondern auch abrupte Veränderungen wie z.B. ein Abschwächen der nordatlantischen Meereszirkulation gefolgt von deren Kollaps mit sich bringen.**

Die Wahrscheinlichkeit, dass dieses Szenario eintritt, ist zwar gering, aber die Möglichkeit besteht. Und die Folgen für die Ernährungssicherheit und den Zusammenhalt von Gesellschaften wären so dramatisch, dass man sich schon jetzt ernsthaft damit beschäftigen muss, da vitale Sicherheitsinteressen der USA berührt würden.

In der Pressemitteilung betont Germanwatch: “Wissenschaftlich gesehen sind diese Feststellungen nichts neues. Sie könnten jetzt allerdings über den Umweg der Sicherheitspolitik einen merklichen Einfluss auf die US-Klimapolitik bewirken. Denn zum einen kommen sie nicht aus einer beliebigen Quelle, sondern aus einem vom Pentagon in Auftrag gegebenen Bericht. Und auch im Pentagon war nicht irgendeine Abteilung der Auftraggeber, sondern es war Andrew Marshall persönlich. Marshall ist Direktor des "Office of Net Assessment" des US-Verteidigungsministeriums und einer der angesehensten "Think-

tanks" der US-Sicherheitspolitik.

Der weltweite Klimawandel könnte laut einer geheimen Studie des US-Verteidigungsministeriums zu einer weitaus größeren Gefahr für die Menschheit werden als der internationale Terrorismus. Zum anderen ist die US-Politik inzwischen dafür sensibilisiert, sich auch auf unwahrscheinliche Ereignisse einstellen zu müssen, wenn ihre Folgen die vitalen Sicherheitsinteressen des Landes in dramatischer Weise berühren - spätestens seit den vorher nicht als wahrscheinlich geltenden Terrorangriffen auf das World Trade Center (und zeitgleich, wie inzwischen schon fast wieder in Vergessenheit geraten, auf das Pentagon-Gebäude). ... Kritikwürdig, aber angesichts der Position der US-Regierung nicht ganz unerwartet, ist schon eher die Tatsache, dass die darin [in dem Bericht] vorgeschlagenen Schritte zur Begegnung des Problems zwar verschiedene Anpassungsmaßnahmen enthalten, dass aber die Reduzierung des Treibhausgas-Ausstoßes nur ziemlich versteckt empfohlen wird.”

LINKS ZUM THEMA:

Die Zusammenfassung des Papiers (d.h. die Seiten 1 bis 3) finden Sie unter: [http://www.ems.org/climate/exec\\_pentagon\\_climate\\_change.pdf](http://www.ems.org/climate/exec_pentagon_climate_change.pdf) [50 KB]

Das komplette Papier (22 Seiten) finden Sie unter:

[http://www.ems.org/climate/pentagon\\_climate\\_change.pdf](http://www.ems.org/climate/pentagon_climate_change.pdf) [900 KB]

# FRIEDENSNOBELPREIS UND UMWELTSCHUTZ

Was haben Bäume mit dem Friedensnobelpreis zu tun? Wangari Maathai, Friedensnobelpreisträgerin 2004, beantwortete die Frage so: „Einige Leute haben nach der Beziehung zwischen Frieden und Umwelt gefragt. Ihnen sage ich, dass viele Kriege um die weltweit schwindenden Ressourcen geführt werden; und wenn wir unsere Ressourcen nachhaltiger handhaben, würden die Konflikte um sie verringert. So hängt der Schutz der globalen Umwelt direkt mit der Sicherung des Friedens zusammen.“ Und „Mit diesem Preis hat das Nobelpreiskomitee die kritischen Aufgaben der Klimaerhaltung, der Demokratie und des Friedens vor die Augen der Welt gestellt und dafür bin ich sehr dankbar. Die 30 Millionen Bäume, die von Freiwilligen des Green Belt Movement – meistens Bäuerinnen – in ganz Kenia während der letzten 30 Jahre gepflanzt wurden, bezeugen die Fähigkeit des Einzelnen die Richtung der ganzen Umweltgeschichte zu ändern.“

Wangari Maathai hat diese Fähigkeit in hohem Maße. Ihre Baumpflanzaktion schärfte nicht nur das ökologische sondern auch das politische Bewusstsein der Bevölkerung. So war es schier unvermeidlich, dass sie mit dem autoritären Moi-Regime in Konflikt geriet. Vor allem in den Neunzi-

ger Jahren wurde sie immer wieder ohne Anklageerhebung verhaftet. Weltweite Aufmerksamkeit erregte 1998 ihre Opposition gegen ein vom Präsidenten unterstütztes Bauprojekt im Urwald. Als eine Schlägertruppe sie daraufhin überfiel, wurde sie gefragt, wie sie mit der Angst umgehe. Sie antwortete mit bemerkenswert schwarzem Humor: „Ich weiß, ich bin nützlicher für die Welt, wenn ich lebe. Wenn ich sterbe, kann ich nur ein wenig Kompost mit meiner Leiche beitragen. Also will ich am Leben bleiben und Ideen und Aktivitäten beitragen: Bäume pflanzen und Leute zu ermutigen, für sich und ihre Umwelt zu sorgen, und auf eine bessere Zukunft zu hoffen und nicht aufzugeben.“

Im Dezember 2002 zog Wangari Maathai als Abgeordnete ins Parlament ein und wurde schließlich Mitglied im Kabinett des neuen Präsidenten Mwai Kibaki. Ihre Ziele, Emanzipation der Frau, Demokratie und Erhaltung der Wasserressourcen, Böden und Wälder für die kommenden Generationen kann sie in dieser Position sicher noch besser verfolgen als bisher.

dr

## IMPRESSUM

Herausgeber  
E. F. Schumacher-Gesellschaft für  
Politische Ökologie e.V.  
Situlistraße 75  
80939 München  
Telefon: 089/32462951  
oder 089/9039333  
Fax: 089/90469005  
Email:  
info@e-f-schumacher-gesellschaft.de

Sie finden uns auch im Internet unter  
[www.e-f-schumacher-gesellschaft.de](http://www.e-f-schumacher-gesellschaft.de)

## Verantwortlich für den Inhalt

Ulrich Diekmeyer,  
Prof. Dr. Ernst Schrimpff

## Redaktion

Dr. Doris Rüb, Isabella Barbagallo

## Redaktionsadresse

Isabella Barbagallo  
Lusenweg 34  
85748 Garching  
Telefon 089/32928803  
Fax 089/32928805  
Email: [Barbagallo@t-online.de](mailto:Barbagallo@t-online.de)

## Mitarbeit/Autoren

Greenpeace, Uto Hopf, Raimund Kamm, Chris Löwer, Dr. Doris Rüb (dr), Prof. Ernst Schrimpff, Dieter H. Wirlitsch

*Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, und nicht in jedem Fall die der Redaktion wieder.*

## Vertrieb

Der Infobrief wird kostenlos an die Mitglieder der E.F. Schumacher-Gesellschaft für Politische Ökologie verteilt.

*Eine Bitte an die Nichtmitglieder:  
Helfen Sie uns den Infobrief durch eine  
Spende zu finanzieren.*

## Bankverbindung

Postbank München  
BLZ 700 100 80

## VERANSTALTUNGSHINWEISE

### Regiogeld-Initiative München

Vortragsreihe in der Seidl-Villa, München

In den Vorträgen soll aufgezeigt werden, wie eine Komplementärwährung zur Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme beitragen kann.

#### Termine.

Dienstag, den 25. Januar  
Mittwoch, den 16. Februar  
Mittwoch, den 9. Januar 2005,  
jeweils um 19.30 Uhr.

#### Referent.

Komplementärwährungsberater, Dipl.-Kfm. Martin Schmidt-Bredow.

**Bitte teilen Sie uns Ihre  
Email-Adresse mit  
(an [Barbagallo@t-online.de](mailto:Barbagallo@t-online.de)),  
damit wir Sie kurzfristig über  
Terminänderungen oder über  
wichtige Neuheiten informieren  
können.**